

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mark, bei Selbstabholung 1 Mark - Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark, für 1 Monat 1 Mark (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.)

**Redaktion:**  
Leipzig, Lauchatzstraße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Fernsprecher 13698

**Inserate** kosten die gespaltene Zeile oder deren Raum 80 Pfg., bei Plagiatorkosten 20 Pfg. Schwierigeres Satz nach höherem Tarif - Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4- bis 5-Mark jedes Tausend bei Zellaufgabe 6- bis 7-Mark - Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Druck in Leipzig, Lauchatzstraße 19/21 Fernsprecher 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher 2721.

## Neue Schiffsversenkungen im Mittelmeer. Graf Zeppelin gestorben.

### Jahrestage des Weltkriegs.

9. März 1916. Vor Verdun der Abtun-Wald und der Bergkäse westlich Douaumont genannt; die Franzosen bringen wieder in die Panzerfeste Saug ein. - Im Schwarzen Meer deutsche Flugzeugangriffe auf russische Schiffe; das russische Torpedoboot Besant auf eine Mine gelaufen und gesunken.

### Die neuesten Meldungen.

#### Deutschland und China.

Genf, 8. März. Die die Agentur Radio aus London meldet, nicht man dort der Nachricht, das chinesische Kabinett habe den Vertrag mit Deutschland beschlossen, keinen Glauben bei. Man zweifelt ferner daran, das das Ministerium, sollte es tatsächlich einen derartigen Beschluß gefaßt haben, zurücktreten sei, da der Präsident der Republik mit dem Premierminister über die Deutschland gegenüber zu befolgende Politik völlig einig ist. (Berl. Tagebl.)

#### Auflösung der Duma.

Genf, 8. März. Die das Journal aus Kopenhagen meldet, beschließt, nach dem Uro-Moffi, die russische Regierung, die Duma aufzulösen. Die Wahlen würden bis zum Herbst 1918 vertagt werden, da die Duma im Jahre 1917 zusammentrat und die Grundrechte nur eine Session im Jahre verlangen. (Vokal-Knz.)

### Verfehlter französischer Luftangriff auf Freiburg.

Karlsruhe, 8. März. Den Karlsruher Zeitungen wird von zuverlässiger Seite mitgeteilt: Der französische Tagesbericht vom 8. März, nachmittags, enthält die Mitteilung, das ein französisches Tiefergeschwader in der Nacht vom 5. März Geschosse auf den Bahnhof und militärische Anlagen um Freiburg abgeworfen habe. Bei dieser Nachricht war wohl, wie so häufig bei den französischen Tagesberichten, der Wunsch der Vater der Behauptung; denn die amtliche französische Bestätigung ist falsch. Tatsächlich sind die rechtzeitig genutzten französischen Tiefer durch die Abwehrmaßnahmen der Stadt Freiburg ferngehalten worden. Einige abgeworfene Bomben sind ohne jeden Schaden im freien Gelände geplatzt. (Vokal-Knz.)

### Versenkte und untergegangene Schiffe.

Kopenhagen, 8. März. (W. L. B.) Das norwegische Dampfschiff Storöfug wurde am 7. Februar an der irischen Küste auf der Reise von Südamerika nach Queenstown mit einer Ladung von Kohle, die Befahrung wurde an Bord des Unterseebootes genommen, wo sie drei Wochen verblieb. Ein Engländer und drei Russen wurden als Kriegsgefangene in Deutschland zurückgeschickt, der Rest der Befahrung ist gestern hier eingetroffen. Während des Aufenthaltes der Fremden an Bord versenkte das Unterseeboot einen Welzendampfer von 6000 Tonnen, einen Kohlendampfer von 6000 Tonnen, einen anderen Dampfer von 3000 Tonnen und ein Segelschiff. Bei einer anderen Gelegenheit wurde ein bewaffneter englischer Handelsdampfer versenkt. Vor der Versenkung der Storöfug hatte das Unterseeboot vier große Dampfer, darunter ein englischer Munitionsdampfer, zum Sinken gebracht.

Rotterdam, 8. März. (W. L. B.) Nachricht zufolge soll der holländische Dampfer Hiron (1960 Tonnen) torpediert worden sein. Nach einer weiteren Meldung des Maties ist der holländische Dampfer Beutelsdijk (6740 Tonnen) mit 10 000 Tonnen Getreide von Neuport nach Rotterdam bei Halifax gestrandet.

Amsterdam, 8. März. (W. L. B.) Allgemeines Handelsblatt berichtet aus London, das die Cunardlinie in Amerika achtzehn neue Dampfer mit einem Inhalt von 7000 bis 12 000 Tonnen bestellt habe.

Amsterdam, 8. März. (W. L. B.) Dem Allgemeinen Handelsblatt zufolge erhielt der Rotterdamse Courant die Nachricht, das der Dampfer Sinder gestern bei einem Schneesturm auf den Felsen von Gibraltar gestrandet ist.

**Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 8. März befinden sich auf der 3. Seite.**

**Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.**

### Vom Tage.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde in der Sitzung vom Donnerstag der Landwirtschaftsminister den unglücklichen Eindruck, den sein Duell mit dem preussischen Ernährungsminister hervorgeufen hatte, durch eine neue Rede zu verwischen. Vorher hielt der Fortschrittler Döser eine „gemäßigte“ Rede; ihm folgte ein Zentrumsredner, Herr Stull, der dem Minister ein Vertrauenszeugnis ausstellte, für das Herr v. Schorlemer verbindlich dankte. Der Landwirtschaftsminister führte aus, er habe nicht die Reichsstellen angreifen, sondern nur feststellen wollen, das er in einer Reihe von wichtigen Fällen vollkommen ausgeschaltet sei, und das er gar nicht in die Lage komme, den ihm zugeschriebenen nachteiligen Einfluß auszuüben. Er behauptete weiter, das eine passende Gelegenheit gefunden werden sollte, um einen Mann zu entfernen, der der linken Seite des Hauses nicht zuzustimmt. Herr v. Schorlemer betonte schließlich, das er seinen Grundsätzen treu bleiben und sich weiter bemühen werde, in möglichst übereinstimmender mit dem Kriegs- und Ernährungsamt und den andern Stellen, die mit der Ernährung zu tun haben, sein Amt zu führen. Jetzt komme es nicht mehr so sehr darauf an, die Lebensmittel zu verkleinern, als neue zu schaffen.

Nach dieser Rede machte die Rechte Schluss der Debatte; den Vertretern der Konsumenteninteressen war es dadurch unmöglich geworden, auf die Ausführungen des Ministers etwas zu erwidern. Der Zentrumsabgeordnete Giesberts, einer der Führer der christlichen Gewerkschaften, verwahrte sich in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung dagegen, das der Minister die Zeitschrift der Gewerkschaftsvorstände als „Nachwerk“ bezeichnet habe. Er schloß seine Bemerkung mit einer halben Drohung: „was aus dieser Sache werde, müßten die nächsten Tage zeigen“. Wir vermuten, das solche Töne auf Herrn v. Schorlemer nur geringen Eindruck machen werden; denn schon mancher christliche Gewerkschaftsführer hat seine Faust drohend erhoben, um sie am Ende doch wieder in seiner Tasche verschwinden zu lassen. Auch die seitige Bundesgenossenschaft mit Herrn Leuten wird den politischen Ausrufungen des Herrn Giesberts kein gehobenes Gewicht verleihen.

Im Ernährungs- und Ausschuss des Reichstags, der am Donnerstag seine Arbeiten wieder aufgenommen hat, wurde mitgeteilt, das die Preiserhöhung für Kartoffeln 50 Pfg. betragen solle, wodurch der Preis des Zentners Kartoffeln auf 5 Mark steige. Versichert wurde, es werde im Laufe des Jahres keine Veränderung in der Preisgestaltung eintreten. Welcher Einfluss die Verbraucher gewiss sehr skeptisch gegenübersehen nach all den Erfahrungen der 32 Kriegsmonate. Für unverlesene Kartoffeln soll ein Preisabschlag eintreten. Die Provinzkartoffelstellen aber sollen örtliche Preisab- oder -aufschläge um 1 Mark vornehmen dürfen, wodurch man den Anbau von Kartoffeln in bestimmten Gegenden, so namentlich im Westen, fördern wolle. Das wäre also schon wieder eine Durchbrechung des festgesetzten „Höchstpreises“ von 5 Mark. Da die direkte Versorgung durch Eindeckung des Bedarfs für das ganze Jahr zu Unzutraglichkeiten geführt habe, solle nötigenfalls und je nach dem Ausfall der Ernte die allgemeine Kartoffelbeschlagnahme durchgeführt werden. Das wäre also die alte Wenn-und-Aber-Politik, die bisher so sehr versagte. Es scheint im Grunde alles beim alten zu bleiben.

In der Pariser Sorbonne, einem historischen Gebäude der Pariser Universität, fand Mittwochnachmittag eine große irrationale Kundgebung statt, an der die Spitzen der französischen Regierung teilnahmen. Der Justizminister Viviani, der Kammerpräsident Deschanel, Barthou und Barrès hielten Reden, in denen sie das Land zu weiterem Widerstand ermunterten. Bemerkenswert sind die Ausführungen von Deschanel, über die das Wolffsche Bureau berichtet:

Bei der gestrigen nationalen Kundgebung in der Sorbonne erklärte Deschanel in einer Rede, die deutsche Behauptung, das die Entente Deutschland vernichten wolle, sei haltlos. Man könne eine Nation von 70 Millionen Menschen nicht vernichten. Und wenn man von der Vernichtung des preussischen Militarismus spreche, meine man damit nicht den Charakter Frankreichs, das ein Militärstaat sei,

zu gehören, denn wenn Preußen seinen Militarismus nicht hätte, würde es nicht existieren. Man müsse dann auch alle preussischen Schulen und Universitäten, deren logische Fortsetzung das Meer sei, vernichten. Solchen Schimären laufe man in Frankreich nicht nach. Man wolle niemand verhindern, zu leben, aber man wolle, das alle Völker in Freiheit, Unabhängigkeit und Würde atmen und arbeiten können. Für Frankreich und Europa gäbe es keine Ruhe, solange die deutsche Armee so nahe der französischen Hauptstadt stehe und den Zugang zu den Straßen halte, auf denen die Deutschen mehr als 200mal in Frankreich eingefallen seien. Auch nach dem Kriege würden die Kämpfe nicht zu Ende sein, solange der Feind vor der Tür stehe. Deshalb müsse man sich bemühen, ihn zu schlagen.

Diese Rede, die man als offizielle Kundgebung der französischen Regierung bezeichnen darf - der Justizminister Viviani hat sich zum Schluss der Feier im Namen der Regierung mit den Ausführungen aller Redner solidarisch erklärt - klingt schon ganz anders als das, was man bisher als französisches Kriegsziel anzunehmen gewohnt war. Freilich haben die andern Sprecher auch diesmal noch die Rückgabe Elsaß-Lothringens gefordert, ohne die ein Frieden unmöglich sei; aber die Rede Deschanels, der als Kammerpräsident eine einflussreiche Persönlichkeit ist, trägt zweifellos einen gemäßigten Charakter.

In der französischen Kammer werden zur Zeit die Ernährungsprobleme verhandelt. Am Mittwoch forderte der Abgeordnete Long dringlich Maßnahmen zur Hebung der Getreideerzeugung. Es müsse ein Kriegsabot hergestellt werden. Minister Derrivier schloß sich dem Begehren Longs an und erklärte, sich Maßnahmen wegen Vermischung des Brotgetreides vorzubehalten, worauf Long erwiderte, selbst wenn die Regierung Gesetze einbringe, könne sie diese nicht durchführen lassen, weil der Geist der Bevölkerung im Binnenlande sich den Einschränkungen widersetze. Man müsse Kartoffeln und Hülsenfrüchte anpflanzen und dazu auch die Gebiete Nordafrikas und Senegals heranziehen. Alle verfügbaren Kräfte müßten jetzt für die landwirtschaftlichen Arbeiten herangezogen werden. Man müsse an den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege denken. Deutschland sei verloren, es dürfe aber Frankreich in seinem Sturz nicht mitstreifen.

Später sagte der Abgeordnete Vorel, insofern der Schwierigkeiten in der Beschaffung des Auslandgetreides und der voranschreitlichen schlechten Ernte 1917 müsse im Brotverbrauch Frankreichs eine Einschränkung von 3 bis 33 Prozent erfolgen. Die bisherigen Maßnahmen, wie die Ausdehnung des Getreides auf 80 Prozent und die des altbackenen Brotes seien durchaus ungenügend. Es sei notwendig, 250 000 mobilisierte Ackerbauer wenigstens zeitweilig für landwirtschaftliche Zwecke freizugeben.

Vom Stande der Friedensbewegung in England gibt das Wahlergebnis in dem Wahlkreis Kossendale einen kleinen Anhalt, in dem letzten eine Erziehung zum Parlament stattfand. Dort war in der Person des sozialistischen Kandidaten Taylor eine Friedenskandidatur aufgestellt. Sie ist nicht von durchschlagendem Erfolg gewesen, aber sie zeigt doch eine Stärke der Friedensbewegung, die Achtung erzwingt. Die Wahlagitration der Sozialisten stand fast ausschließlich unter dem Motto: „Frieden durch Unterhandlungen“. Taylor erhielt 1804 Stimmen, während der Liberale Sir J. S. Maden 6019 Stimmen auf sich vereinigte. Nicht man in Betracht, das Liberale und Konservative gemeinsam vorgingen, das ihnen Wahlagitratoren in ansehnlichem Maße zur Verfügung standen, das sich schließlich sogar Herr Asquith selbst für den liberalen Kandidaten einsetzte, und hält man dagegen, das der Friedenskandidat zu Beginn der Kampagne ins Gefängnis wandern mußte, weil er sich weigerte, Kriegsdienst in irgendwelcher Form zu übernehmen, so kann das Ergebnis nicht als schlecht bezeichnet werden.

Der Manchester Guardian sagt, das die meisten der Wähler des Genossen Taylor Sozialisten oder Mitglieder seiner Gewerkschaft gewesen seien. „Von dem Rest wußten wir wahrscheinlich fast alle durch ihre Stimmen den Wunsch darzutun, den wir alle fühlen - nach einem zeitigen Ende des Krieges...“ Und das ist das Wichtigste. Das in dieser Zeit des verhärteten Unterseebootkrieges sich so viele Stimmen für einen „Frieden durch Verhandlungen“ finden, ist ein schöner Beweis dafür, das die englischen Arbeiter nicht reiflos von dem Kriegstunmel ergriffen sind. Die friedensfreundlichen Ge-